

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mh. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 51.

Samstag,
27. November 1920

Anzeigen, die nur in bechränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mh. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

48.
folge

Dr. Stadtler.

Unsere Zeit ist von einem ungeheuren Suchen und Ringen bewegt. Alle denkenden und suchenden Köpfe beschäftigen sich mit dem Problem: Wie kommen wir aus dieser Weltkatastrophe heraus? Sie suchen nach Mitteln und Wegen, um unser Volk und damit die alte Welt vor einer Katastrophe zu bewahren. Einig aber sind sie alle, soweit sie überhaupt hier in Frage kommen, in dem großen Ziel, am Wiederaufbau des Vaterlandes zu arbeiten. Einig sind sie ferner in dem Gedanken, daß alle, alle mitarbeiten müssen, soll das große Werk gelingen. Ein Suchender und Ringender, ein Pfadfinder in eine neue bessere Zeit, ein Umgestalter und Umformer, ein Politiker, der eigene Wege geht, ist Dr. Stadtler.

Dr. Stadtler ist Altessäßer, besuchte ein zöfisches Gymnasium, dann eine deutsche Universität, ist Historiker und gehörte früher zur Zentrumspartei, in der er in der Jugendbewegung tätig war. Im Vorwort seines Buches „Die Diktatur der sozialen Revolution“ ist es dieses Verhältnis mit folgenden Worten: „Durch die Veröffentlichung dieses Buches löse ich mich offiziell von meiner früheren Partei. Es fällt mir nicht leicht, dem Zentrum Dalet zu sagen, für dessen Ideale ich meine Jugend mit voller Opferbereitschaft eingesetzt habe. Schon vor dem Kriege, als ich noch Sekretär der Jugendbewegung der Zentrumspartei war, hatte das Erzberger'sche Regime in mir starke Zweifel an dem inneren Wert der Partei geweckt. Doch schien es mir damals zweckmäßiger, Reformwünsche von innen her geltend zu machen, statt durch offenen Kampf oder gar ostentativen Bruch nutzlos zu demonstrieren. Lebte ich doch zugleich des Glaubens, daß eine starke Jugendbewegung von selbst die Partei verjüngen müsse. Nach den Erlebnissen der russischen und deut-

schen Revolution hat mich das unwürdige Komödienspiel der Parteireform im November 1918 in meiner kritischen Stellungnahme zur eigenen Partei bestärkt und zur klaren Erkenntnis des geistigen und auch materiellen Zusammenbruchs des gesamten alten Parteiwesens geführt.“

Seit dieser Zeit geht Dr. Stadtler eigene Wege außerhalb aller Parteien.

Im Weltkrieg focht er im Westen gegen Frankreich, im Osten gegen Rußland, fiel in russische Gefangenschaft, lernte den Bolschewismus in seiner Heimat gründlich kennen, sah das ungeheure Trümmerfeld, auf dem der Bolschewismus seine Herrschaft aufgerichtet hatte, und erkannte klar, zurückgekehrt nach Deutschland, daß seine nächste Aufgabe die Bekämpfung des Bolschewismus sei. Aus einem kleinen Kreis heraus entstand die „Antibolschewistische Bewegung“. Zu der erfolgreichen Niederkämpfung des Straßenbolschewismus schmiedete die „Antibolschewistische Liga“ die geistigen Waffen. Um aber positive Arbeit zu leisten, sammelte sich um Heinrich von Gleichen die Jugend, die sich äußerlich im „Klub der Jungen“ zusammenschloß. Unter seinen Gründern befanden sich außer Stadtler noch andere Persönlichkeiten, die bereits bestimmte und sehr ausgesprochene, für die Gesamtbewegung systematische Ideen mitbrachten. Wir nennen nur die Namen: Heinrich von Gleichen, Möller van den Bruch, Max Hildebert Boehm und Albert Dietrich, dazu noch viele andere wie: Dr. Tibertius, Dr. Alexander Ringeb, Dr. Franz Roehr, Dr. Hans Roessler, Karl Georg Bruns, Cäsar von Schilling usw. Um den engeren Kreis der meist parteifreien „Jungen“ zog sich der „Ring“ der Freunde des „Gewissens“, einer Wochenzeitung,

die für den „Ring“ von Dr. Stadtler herausgegeben wird.

Außer einer reichen schriftstellerischen Tätigkeit entfaltet dieser „Ring“, vor allem aber Dr. Stadtler eine ausgedehnte Vortragstätigkeit, die ihn in die meisten Orte Mittel- und Westdeutschlands geführt hat. In den Monaten November und Anfang Dezember fanden Stadtler-Vorträge statt oder werden noch gehalten in Meeran, Dresden, Hannover, Berlin, Weiskensfeld, Gransschütz, Halle, Zeitz, Gütersloh, Gevelsberg, Hagen, Eickel, Siegen, Mülheim-Ruhr, Münster, Grassen und Magdeburg. Dazwischen liegt noch ein Kursus für politische Erneuerung, der in Essen und Bochum vom 23. 11. bis 30. 11. von Dr. Stadtler und Dr. Boehm abgehalten wird. Aber diese Vorträge wird uns aus fast allen Städten gemeldet, daß sie von Tausenden besucht waren, von Angehörigen aller Parteien, die in lebhafter Aussprache den Willen kund taten, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Was die Deutsche Volkspartei veranlaßt, Dr. Stadtler in Siegen sprechen zu lassen, ist der Gedanke gewesen, den politisch interessierten Kreisen Einblick zu gewähren in die Gedankenwelt der Suchenden und in die innerliche Stellungnahme zu veranlassen zu den großen Problemen unserer Zeit. „Fürger-tum“ und „Proletariat“ sind zu Schlagworten geworden. Die Schlagworte ihrer Hülle zu entkleiden, tiefer zu schürfen, die Quellen aufzudecken, aus denen die Kräfte im Bürgertum und Proletariat fließen, uns zu zeigen, wie diese Kräfte sich nicht zu bekämpfen brauchen, sondern wie sie vereint zum Wohle des Vaterlandes beitragen können, dazu soll uns dieser Vortrag dienen und deshalb begrüßen wir Dr. Stadtler.

N.

Diktatur der

Von Dr. Ed. Stadler.

Wir bringen nochehend aus dem obigen Buch dem eine programmatische Bedeutung zukommt, das ungelächte Schlusswort, um unseren Freunden es zu ermöglichen, sich mit den Grundgedanken und Vorschlägen der Stadler'schen Ideenwelt bekannt zu machen. Kritisch nehmen wir zu diesen Ausführungen heute keine Stellung und behalten es uns vor, später darauf zurückzukommen.

Die Schriftleitung.

In einer normaleren Zeit als diejenige es ist, in der wir uns alle befinden, würden die schöpferischen Ideen der Zeit auf dem Wurzelboden eines jugendlich empfänglichen und lebenskräftigen Volkstums sich mühelos, wenn auch in jahrelanger Arbeit durchgerungen haben. Doch wir leben in einer Revolution. Die Beschleunigung des Tempos in der politischen Entwicklung und Umgestaltung ist eine so stürmische, daß im Wettlauf der zerstörenden und aufbauenden Kräfte gar leicht die zerstörenden die Oberhand gewinnen können. In Deutschland zumal hat die Revolution als Erschöpfungs- und Zusammenbruchsercheinung eine solche Fülle anarchoher Zustände und anarchoher wirkender Kräfte hervorgerufen, daß man auch ohne Veranlagung zur Schwarzjeherei füglich bezweifeln kann, ob die Kraft zum positiven Wiederaufbau hinreichend ist, ob sie hinreichende äußere Mittel findet, um sich betätigen zu können.

Der Nicht-Politiker, der als Künstler, als Geistes- oder als Gelehrter leicht kontempativ sich zu allem Geschehen einstellt und der sich auch politischen Aktivismus besonders in einem Zeitalter politisch-moralischer Reaktionserscheinungen auf den Weltkrieg nur als ethische Beeinflussung vorstellt, wird nun bei der politischen Fragestellung: was soll geschehen? gar leicht dem ruhigen Geschichtsforscher das Wort reden. Die geistige Erneuerung, so wird er sagen, müsse in jeder Weise gefördert werden. Sogar diese Erneuerung nicht hinreichend, um jetzt schon in politischen die gewünschten Resultate zu erzielen, würden die Zustände als solche und die primitiven Bewegungen der Volksmassen schon das Ihrige tun, um letzten Endes doch im Sinne der immanenten Gesetze der Geschichte zu wirken. Die Überspannung des Gewaltmottos im Weltkrieg hat zu einer Überbetonung der politischen Wirkungsmöglichkeiten des ethischen Rechsbegriffes geführt. Da gleichzeitig der nationalistische Glanz an den „guten Menschen“ von der bürgerlichen Demokratie her im Bewußtsein der Massen phrasenhaft festgehalten wird und der Anwendung politischer Machtmittel im Wege steht, scheint dem reinen Politiker die Möglichkeit einer aktiven Beeinflussung der jetzigen anarchoher Zustände außerordentlich erschwert.

Und trotzdem muß es ausgesprochen werden: Ohne gewalttätige Nachhülfe von oben her durch das Eingreifen einer Diktatur wird es wohl kaum möglich sein, die nationale politische Zusammenfassung des deutschen Volkes in diesem Moment der Geschichte zu erzwingen. Die politischen Erneuerungsbewegungen erscheinen wie ein schwaches hilfloses Kind, dem die kräftigste Unterstützung zuteil werden muß, soll es nicht in einer feindlichen Umwelt ersticken. Im übrigen dürfen die alligen Schwächenansätze von Politikern und Nicht-Politikern gegenüber dem Ausbruch „Diktatur“ nicht ernst genommen werden. Mit Sentimentalität kann man schon kaum Kinder erziehen, geschweige denn Völker und Staaten dirigieren. Da die Politik, was sie auch noch so ideengewaltig sein, eine Kunst des Möglichen auf Grund der Berechnung aller, vor allem der nicht an der Oberfläche stehbaren Wirklichkeitsfaktoren ist, muß das Gewaltmotto der Diktatur für politische Ausnahmezustände ebenfalls in Rechnung gestellt werden.

Im übrigen sind sich in Deutschland zurzeit alle politischen Richtungen darüber einig, daß

ohne Diktatur als Übergangsform keine reale Politik getrieben werden kann.

Das jetzige Regime (vor dem 6. Juni 1920) ist doch im Grunde genommen auch nichts anderes als eine Militär-Diktatur der Formaldemokratie. Dem Scheine nach basiert sie auf der breiten Basis der Parlamentsmehrheit. Aber das ist eben nur ein Schein. In Wirklichkeit ruht das ganze System auf der Macht der Freiwilligenverbände. Ohne diese und die Militärverbände das revolutionäre Übergangssystem schon längst von den revolutionären Kreisen links wie von den gegenrevolutionären Kreisen rechts hinweggesetzt worden. Man stelle sich die doch faktische Allherrschchaft Erzbergers in Deutschland ohne die Diktatur Noskes vor! Ein Druck von rechts, ein Druck von links, und in allgemeinen Gelächter würde diese Herrschaft übergehen. Die einschlägigen Abgeordneten der Nationalversammlung, welche der Regierungsmittelpunkt angehören, geben auch unumwunden zu, daß die einzige große Leistung des jetzigen Regimes die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung, der Schutz des äußeren Rahmens der Politik ist. Diese Leistung ist aber die der Freiwilligenverbände, der Diktatur Noskes, nicht die Leistung der demokratisch-pazifistisch-illusionistischen Staatsmänner.

Gerade deswegen, weil ein geistloses politisches Regime im zusammengebrochenen Deutschland durch das Mittel der Militärdiktatur eine Scheinordnung aufzurichten vermochte, in welcher ein großer Teil des deutschen Volkes die Möglichkeit zu schöpferischem, wirtschaftlichem und geistigem Tun fand, glauben sich die Parteistimmungen links und die Parteistimmungen rechts berechtigt, das doch sehr brauchbare Mittel der Diktatur in den Dienst einer politischen Partei zu stellen. Gegen diese Logik ist jedenfalls nichts einzuwenden. Wenn eine Diktatur im Dienste einer „schlechten“ Politik und in der Handhabung durch unzulängliche Politiker noch Früchte zeitigt, warum soll dann die Diktatur im Dienste einer starken nationalen oder sozialistischen Ideenpolitik, in der Handhabung durch andere Politiker der Parteilinie nicht noch größere Früchte versprechen?

Von links her wird deshalb zurzeit in Deutschland die Rätediktatur des Proletariats offen und ehrlich angestrebt. Von der marxistischen Seite aus wird die Diktatur als Provisorium und Übergangsstadium parteidoamatisch übersehen. Das jetzige Regime geht zugleich durch seine Militärdiktatur die Rechtfertigung des proletarischen Kampfes. Für die Diktatur ist dann wieder das Diktaturstreben der Reaktion, des eigentlichen Propagandamittel. Die Rätediktatur des Proletariats dient zugleich als zugkräftige Parole für die tatsächlichen Einigungsbestrebungen der verschiedenen sozialistischen Parteien. Man will der furchtbaren Auflösung des Parteizusammenhangs dadurch entgegenwirken, daß man die klassenmäßige Zusammenfassung des Proletariats um die Fahne der Rätediktatur als den einzigen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus hinstellt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Parole „Rätediktatur des Proletariats“ auf dem Hintergrund der Parteischwärmungen des alten Sozialismus und der Klassenkompromisse des sozialistischen Proletariats eine außerordentlich mächtige Kraft besitzt. Mit der Macht einer höheren Offenherzigkeit stürmt der sozialistische Gedanke auf die Mehrheitssozialdemokratie ein und entwirft ihr die Seele ihrer eigenen Anhänger. Das Überlauftum der Massen entspricht der revolutionären Stimmung der mehrheitssozialistischen Führer gegenüber dem Radikalismus der Linken. Da die Linke gleichzeitig den Klassensozialismus der Arbeiter des Proletariats wie ein Keil zwischen Mehrheitssozialdemokratie und demokratisches Bürgertum einschleibt, entwickelt sich von selbst, wenn auch langsam, aus dem jetzigen politischen Zustand die Rätediktatur des Proletariats.

Ringt sich diese Diktatur der Linken durch, dann erleben wir in Deutschland die Wiederholung der russischen Revolutionsentwicklung vom ersten Regime zur Lenin Diktatur. Dies bedeutet ähnlich wie in Rußland nach dem Versuch der Bezwingung der Revolutionsanarchie durch die Parteidemokratie den Versuch der Bezwingung der Revolutionsanarchie durch den radikalen Parteizusammenhang. In der Rätediktatur des Proletariats sehe ich nur das von vornherein zum Mißerfolg verurteilte Streben, die Weltrevolution unter den physischen Zwang einer Parteibewegung des 19. Jahrhunderts zu stellen. Mit den fortschrittlichsten Voraussetzungen eine glatte Reaktion! Eine historische Unmöglichkeit, nicht in dem Sinne, daß die Rätediktatur des Proletariats als Tatsache unmöglich ist, sondern in dem Sinne, daß sie einen historischen Konsens als Wirklichkeit festhalten möchte. Die parteisozialistische Rätediktatur des Proletariats würde die nationale Konzentration des deutschen Volkes um die Ideen und die politischen Forderungen der Weltkriegsrevolution unmöglich machen, da das Bürgertum als solches partei- und klassenmäßig abgestoßen zum Gegenstand der Gegenrevolution ausfallen würde. Es von der jetzigen Regierung aufgerichtete Militärmacht würde sich nicht mit einem Federstich befechtigen und durch eine parteisozialistische Armee ersetzt lassen. Die „Weiße Garde“ würde den blutigen Kampf aufnehmen. Bauern, Bürger, Offiziere, Studenten, Beamte würden als Bürgertum hinter die Weiße Garde stellen, um mit allen Mitteln gegen die Zwangsgewalt einer Parteidiktatur des Sozialismus, einer Klassendiktatur der Industriearbeiterschaft zu kämpfen. Mit Rätediktatur des Proletariats würde man den Bürgerkrieg heraufbeschwören. Auf Grund der außenpolitischen, innenpolitischen und vor allem wirtschaftlichen Rückwirkungen würde die Wiederholung des russischen Experiments, die Weltrevolution unter den Zwang der radikalsocialistischen Parteistimmungen zu stellen, die deutsche Revolution durch Terror und Blutherrschaft, durch wirtschaftliches Elend führen und in einem schlimmeren Chaos Deutschland enden lassen, als dies selbst in Rußland der Fall war.

Von rechts her wird weniger offen und weniger ehrlich zurzeit in Deutschland eine revolutionäre gerichtete militärische Diktatur angestrebt. Man hat in diesen Kreisen die klare Empfindung, daß die jetzige Regierung, weil sie sich den notwendigen Energien versperzt, mit den radikalen Mächten von links und mit der Revolutionsanarchie auf die Dauer nicht fertig werden kann. Da die Regierungsmittelpunkte im Kampf gegen die Linke in parteipolitischen Seitenhieben gegen die Linke in der Freiwilligenverbänden Hilfe und Unterstützung gewährenden Rechtsparteien führt, entsteht ein steigender Groll der „Reaktion“ gegen die jetzige Machthaber. Zudem beruht sich die Gegenwart rechts auf die historische Erfahrung, daß eine Anarchie ohne Diktatur nicht bezwungen werden kann. Da die einschlagende Partei der Mitter durch das Klassenbewußtsein ihrer Anhänger immer mehr zur Rätediktatur des Proletariats hinübergezogen wird, holt sich die Reaktion vom Klassenbewußtsein des Bürgertums die Kraft her, um ihrem eigenen Diktaturgedanken Widerstand zu leisten. Die Enttäuschungen der demokratischen Revolution gelten zugleich als Agitationsstoff.

Hier ist der Ruf nach dem starken Mann, der das Eigentum vor der Rätediktatur bewahrt, der die Macht zur Monarchie und zu den Zuständen der Vorkriegszeit ermöglicht. Mit Gewaltmitteln hofft man nicht nur die Straßen säubern zu können, sondern auch die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Streiks zu eliminieren. Der Ruf nach der Monarchie ist nicht ohne Vermittlung in den Reihen der Rechtsparteien. Mit der Ermüdung der Anarchie allein wird angestrebt, sondern glatte Gegenrevolution.

sozialen Revolution

Ringt sich diese Diktatur von rechts her durch, dann haben wir die Wiederholung des napoleonischen Experimentes, aber ohne den Geist eines Napoleon, ohne eine napoleonische Armee. In zwei unüberwindlichen Schwierigkeiten würde dieses Experiment scheitern: Zunächst am Widerstand der proletarischen Massen, die sich mit einer Parteidiktatur von rechts, mit einer Klassen-Diktatur des Bürgertums nun und nimmermehr zufrieden geben werden, die gegen eine solche Parteidiktatur den Generallstreik proklamieren und die Revolution in Permanenz erklären würden, die vor allem die deutsche Wirtschaft in ihren letzten Restbeständen vollkommen ruinieren würden. Alsdann müßte die Reaktion am Widerstand Frankreichs scheitern. Hierzu ist wohl jeder Kommentar überflüssig.

Aus alledem geht hervor, daß zwar eine Diktatur unter den jetzigen politischen Umständen eine unumgängliche Forderung ist, daß aber zugleich die parteipolitische Basis einer solchen Diktatur, sei sie formaldemokratisch, linkssozialistisch oder rechtsparteilich, den Nutzen einer Diktatur durch das Herausbeschwören parteimäßiger und klassenmäßiger Gegenbewegungen aufhebt. Die jetzige Moskew-Diktatur beschwört die militäristische Diktatur von rechts und die Rätediktatur von links herauf. Die Diktatur des Proletariats würde eine revolutionäre Gegenbewegung von rechts, und eine Diktatur von rechts eine revolutionäre Gegenbewegung von links unbedingt zur Folge haben. In allen Fällen steht der Bürgerkrieg am Ende der Entwicklung.

Man muß deshalb am Ruf nach einer Diktatur zur Bezwingung der anarcho-schönen Zustände der Weltkriegauslösung festhalten. Gleichzeitig aber die Diktatur im Namen einer Partei, im Namen einer Klasse ablehnen.

Die Überwindung von links und rechts, die nationale Konzentration des deutschen Volkes in seinen völkischen Gesinnungen wie in seinen sozialen Forderungen, die Überwindung der anarcho-schönen Zustände, die Entseffung aller noch vorhandener Lebensenergien des Volkes, das alles ist nur möglich, wenn Männer zur Diktatur erhoben werden, welche frei von der alten Parteidiktatur aus der vollen Wirklichkeit der parteifeindlichen und parteiumwälzenden Weltkriegsrevolution den Antriebs für eine archaische, weit in die kommende Zeit weisende Staatskunst hernehmen. Im Gegensatz zu dem jetzigen Regime, welches parteischematisch durchaus fest, aber politisch inhaltlich schwankend und unsicher ist (gerade weil es parteifreist), müßte die hier geforderte Diktatur alle Parteismaschinen durch ein inhaltliches politisches Programm, das in sich selbst Halt, Kraft und Zukunft befähigt. Nur eine Führerpersönlichkeit kann diesen Coup wagen.

Die einzige mögliche und glückliche Diktatur wäre die Diktatur „partei-freier“ starker Männer, welche mit den Mitteln der Gewalt die Mitarbeit der Parteien in der Nationalversammlung in der Form still wirkender verantwortlicher Kommissionen erzwingen würden, und auf Grund des politischen Machtwillens der zur Selbstverwaltung aufgerufenen Stände, Erwerbsgruppen und Kulturorganisationen im Namen der Ideen der sozialen Weltrevolution einem großzügigen Reformprogramm zur Verwirklichung verhelfen und die entgegenstehenden anarcho-schönen Kräfte mit staatsmännischem Geiste rücksichtslos und diktatorisch niederhalten würde.

Nach bin mir dessen wohl bewußt, daß diese Forderung als solche ebenso konservativ und revolutionär zugleich ist, wie etwa der Inhalt der von mir verfaßten Politik. Steht sie doch im krassen Gegensatz zu der wunderlichen deutschen Reichsverfassung, welche als Frucht der deutschen Revolution gepriesen wird, während sie in Wirklichkeit nur eine häßliche Nachgeburt der 48er Revolution darstellt. Aber es ist meine feste

Überzeugung, daß die Existenz Deutschlands und zugleich das Schicksal der Welt davon abhängt, ob wir in Deutschland schnellstens durch den Formaldemokratismus hindurch zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft auf dem Umweg der von mir verlangten Diktatur gelangen.

Bei dem derzeitigen Stand der Dinge würde die diktatorische Führung des deutschen Staates am zweckmäßigsten in der Form einer „Wirtschaftsdiktatur“ Gestalt annehmen können. Denn von der Wirtschaft her droht der völlige Zusammenbruch.

Im Spätherbst 1918 brach die deutsche Seele zusammen. Das deutsche Nationalbewußtsein, das sich im August 1914 zum tragfähigen Volkserlebnis vertieft hatte, besaß keine staats- und völkerverbindende Kraft mehr. Die defätistische Revolution schwemmte die konstitutionell-monarchischen Formen des Staates über Nacht hinweg. Die Gefahr einer Verblutung im Bürgerkrieg hielt das Land monatelang in Spannung. Doch erwiesen sich die starken Überlieferungskraften unserer geordneten Verwaltung, unserer durchorganisierten Wirtschaft und unserer partei- und klassenmäßigen Gesellschaft einigermaßen widerstandsfähig. Die innere Gesamtstruktur blieb intakt.

Inzwischen hat sich die nationale Seele in etwas erholt, sie besitzt auch wieder parteiüberwindende, parteidämpfende Kraft. Ein Notverband politischer Formen wurde um die wunden Stellen gelegt. Doch der Schein trügt. Der Volkskörper selbst steht dahin. Die Wirtschaft verfaßt. Die Gesellschaft löst sich auf. Die Verwaltung verfällt allmählich der Korruption.

Hinter der Scheinordnung der Straße und hinter der Scheinordnung der Partei, Parlaments- und Presse-Politik erhebt sich das Gespenst einer neuen Revolution: aus Wirtschaftszusammenbruch droht politische Eruption.

Der Finanzbolschewismus, den der Zahlenwahnsinn des Krieges und der Kriegsauslösung geiztet hat, kann durch Staat-Formalismus und papierne Steuerpolitik nicht bezwungen werden. Des Finanzministers optimistische Redensarten ändern an dieser Tatsache nichts. Faktisch hat Erzberger den Schiebungs- und Rotenpreß-Kapitalismus als anarcho-bolschewistische Wirtschaftsschöpfung zur höchsten Entfaltung gebracht. Unsere Geldwirtschaft ist ein Geldchaos geworden. Sämtliche Kreditinflation, nicht nachlassende Spannung zwischen Warenprodukt und Geldproduktion, Geldentwertung und Wertverlust, Zahlungslosigkeit und Kopslosigkeit der privaten und öffentlichen Wirtschaftsgewalt, wirtschaftsauffösende Kraft der allgemeinen Demoralisation des Volkes sind die augenfälligsten Ursachenkomplexe des Wirtschaftshaos. Unsere Industrie kann sich gegen Schiebungs- und Rotenpreß-Kapitalismus kaum noch wehren. Händlertum ersticht die schaffende Arbeit. Erzbergers Steuerpolitik schürt bewußt und unbewußt den Händlertumskapitalismus gegen den Kapitalismus der Hand- und Kopsarbeit.

Untersucht man die Rückwirkung der geldchaotischen Verhältnisse auf das Leben der Gesamtheit, so stößt man überall auf Abgründe. Die staatssozialistische Eisenbahn steht mit einem Defizit von 10 Milliarden als bankrottes Unternehmen vor unseren Augen. Und die Auflösung schreitet weiter. In den Eisenbahnwerkstätten wurzelt das Übel und breitet sich durch alle Zweige des Eisenbahnbetriebes weiter und weiter aus. Die Verkehrseinstellung im November hat mit dem kläglichen Resultat geendet, daß 200 Lokomotiven mehr unter der Zahl der „Kranken“ eingereiht werden mußten! Man schätzt heute die Gesamtzahl der kranken Lokomotiven auf 53 bis 55 Prozent. Die Streikbewegungen mit ihren teils wirtschaftlichen, teils parteipolitischen Untergründen werden so gefährlich, daß die Regierung zur militärisch-diktatorischen Niederdrückung schreiten mußte.

Auch in der Kohlenwirtschaft haben wir uns festgefahren. Die Arbeiterschaft produziert zwar, aber der Bedarf ist zu groß. Der Kohlenhunger der arbeitenden Industrie, des Eisenbahnwesens, des kleinen Verbrauchers und vor allem auch des siegreichen Auslandes kann nicht entfernt befriedigt werden. Allgemein zehrende Unzufriedenheit ist die unmittelbare Folge. Die technischen Anlagen sind heruntergewirtschaftet. Die Förderung beträgt insgesamt nur noch zwei Drittel der Förderung von 1918. Die Bergarbeiterschaft drängt zu weiterer Verkürzung von sieben auf sechs Stunden. Die Vermehrung der Belegschaften, die dadurch erforderlich wird, führt in das Problem des Wohnungselendes und der Ernährung hinein. Dabei landet man wieder beim Rohstoffmangel und bei der Geldkatastrophe. Reichskohlenkommissar, Reichskohlenrat, private Kohlenindustrie und Bergarbeiterschaft streiten sich herum, ohne an ein gemeinsames Ziel zu kommen. Gelingt es einmal für Wochen, den ruhigen Verlauf der Kohlenförderung zu beschleunigen, dann scheitert der wirtschaftliche Gesamterfolg wieder entweder an der allgemeinen Finanzmisere oder am Eisenbahnstau.

Industrie, Eisenbahn und Finanzwirtschaft bedingen sich überhaupt gegenseitig so stark, daß jeder Eingriff in das Gebiet, der nicht auf weit hinaus in den Folgen für das andere Gebiet überlegt worden ist, nach kurzer Zeit, selbst wenn der Eingriff zweckmäßig erschien, an anderer Stelle ein Unglück heraufschwört. Das Auseinanderzubereitigen der Unterwelt der Wirtschaft zur Selbsthilfe, wobei natürlich jeder unter Selbsthilfe die Wahrung des eigenen engeren Interesses allein versteht.

Ähnlich verhält es sich mit der Landwirtschaft und dem Versorgungssystem. Das Schicksal der Selbsthilfe erweist sich auch hier als ein mehr als zweideutiges, da der kleine Landwirt wie der Großgrundbesitzer aus wohlgegründeten Motiven gegen einen dilettantischen Staatssozialismus sich gegen alle zentralistischen Verträge der nationalen Verbrauchsregelung sträubt. Das hat zur Folge, daß die Landwirte instinktiv zur reinen Eigenproduktion zurückkehren. Sonst der kleine Bauer beginnt extensive Wirtschaft zu treiben. Die Viehhaltung ist bereits ungeheuer zurückgegangen. Schon jetzt drohen dem ganzen Reiche die furchtbarsten Ernährungsrisiken.

Der papierne Geldstrom verfließt in den unterirdischen Höhlungen, wo Rohstoffe geschoben, wo um Löhne und Gehälter gekämpft, um Wirtschaftsinventar im Ausverkauf geschachtet wird.

Es erübrigt sich, bei der Schilderung des Zustandes zu verweilen. Dem Wissenden sagt man nichts Neues. Und der größte Teil der Nichtwissenden gehört heute zu den Nichtwissenwollenden. Entscheidend ist die Frage, ob und wie die Wirtschaftskatastrophe und damit die zweite Zusammenbruchrevolution überwunden werden kann. Es gibt Optimisten genug, die den vollständigen Zusammenbruch für unvermeidlich halten.

Vom hertigen Parlament ist Rettung nicht zu erwarten. Nun erhebt sich die Frage, ob wir von Neuwahlen und von einer anderen Zusammensetzung der Parteivertretungen im Reichstag mehr erwarten dürfen. Die Parteien rechts und die Parteien links neigen zur Bejahung der Frage, da sie trotz schlechter Erfahrungen von mechanischer Wahlauslese immer noch unbeirrt weiter Führerzuwachs erwarten. Diese Hoffnungen und Berechnungen sind trügerisch. Die heutige Regierung wird, dessen kann man wohl sicher sein, bevor es nicht zu spät ist, keine Neuwahlen ausschreiben. Selbstmord begeht man nur in der Verzweiflung. Im übrigen ist das Tempo des wirtschaftlichen Zusammenbruchs schon so beschleunigt, daß wir auf kommende Wahlen als Abwehrmittel kaum noch rechnen dürfen. Ganz

abgesehen davon, daß bei einer Umgruppierung des Parteiparlaments infolge der Neuwahlen der Parteikampf zwischen links und rechts, zwischen Bürgertum und Proletariat schlimmer denn je entbrennen und den Wiederaufbau der Industrie und der ländlichen Wirtschaftsgemeinschaften auf der Basis der Arbeitslosigkeit vollends unmöglich machen wird.

Deshalb muß, ohne Zögern, jetzt schon eine Lösung gefunden werden. Und sie heißt zentrale Wirtschaftsdiktatur. Die sachliche Bewältigung der latenten Wirtschaftskatastrophe ist nur durch wirtschaftsdiktatorische Führung möglich. Das heutige Regierungschicksal fördert den Auflösungsprozeß. Eine Wiedergründung kann erst eingeleitet werden, wenn ein genialer Wirtschaftsfachverständiger an die Spitze einer Obersten Wirtschaftsleitung berufen wird. Der Diktator des Krieges mußte eine Diktatur der Kriegsausschlösung folgen. Es gilt in letzter Stunde die diktatorische Führung des Eisenbahnwesens, der Kohlenwirtschaft, des Finanzsystems und der Ernährungsfrage in einer Persönlichkeit zu konzentrieren, die als solche eine zielstrebige und geradezu willensbrutale Bewältigung der Hauptprobleme unserer Wirtschaftspolitik verbürgt, die zugleich auch gegenüber dem Ausland als Persönlichkeit eine so gewaltige Autorität darstellt, daß ihre Diktatur gleichsam als Rettung im Innern, wie als Bürgschaft nach außen wirkt. Ein Wirtschaftsdiktator aus den führenden Köpfen der deutschen Wirtschaft, in deren klarer Bild und energische Entschlußkraft noch nicht so ausgeschorben sind wie in den effizienten Sphären unserer Politik, vermag allein in diesen letzten Stunden vielleicht noch die Katastrophe zu bannen.

Die Oberste Wirtschaftsleitung muß sofort aus dem Schoße der industriellen Arbeitsgemeinschaft und einem provisorischen Reichswirtschaftsrat konstituiert werden. Die politischen Parteien haben sich in den Dienst der schaffenden Arbeit zu stellen. Denn das Allgemeininteresse steht über dem Interesse der Parteiorganisationen. Ohne eine ähnliche Stilllegung des Parteiwesens wie zur Zeit des Krieges, könnte diese Oberste Wirtschaftsleitung keine erspriessliche Arbeit leisten. Das Parteiparlament ist in großen Reiten doch nur Dekonstruktionsorgan der kritischen Stimmung der Massen, Sicherheitsventil in der Deutschland auf Grund der gegebenen Verhältnisse Ausleseapparat untergeordneter Führer.

Die wirtschaftspolitische Diktatur wäre zurzeit rettende Tat. Sie brächte den Ruf nach der Beseitigung der Wirtschaft von der Politik zum Bestimmen, da er den Vorrang der Wirtschaft in der jetzigen politischen Lage verfassungsmäßig festlegt. Das in der Not lebend gewordene Gemeinschaftsgefühl des Volkes würde zur tatsächlichen Produktionsolidarität werden. Aus dem bloßen Gerede von Partei- und Klassenüberwindung kämen wir heraus. Es wäre die Tat, welche die Parteien aus dem usurpierten Recht der Wirtschaftsführung wieder auf das ihnen nach ihrer eigenen Meinung liegende Gebiet des politischen Ethos und der politischen Weltanschauung zurückführte. Der Volksstaat der Arbeit wäre da.

Eine zentrale Wirtschaftsdiktatur könnte ein wirksames Mittel sein, um den Versailler Frieden dieses geistige Ohnmachtsprodukt der Entente-diplomatie, in seinen weltrevolutionierenden Tendenzen zu entkräften. Denn ein deutscher Wirtschaftsdiktator aus den führenden Kreisen

der deutschen Wirtschaft wäre in der Lage, als Sachautorität die Interessen der Weltwirtschaft einschließlich der Interessen der deutschen Wirtschaft gegen kurzfristige Diplomatenkunst und parlamentarische Mächtertum zu schützen.

Voraussetzung für ein Gelingen ist freilich, daß diese Diktatur auch von der Arbeiterklasse wirklich als Rettung aus einer heillosen Not angesehen und nicht als ein irgendwie verkappter Vergewaltigungsversuch einer Unternehmungsklasse aufgefaßt wird, die nichts vergessen und nichts gelernt hat. Tatsächlich sind für einen solchen Umschwung in der Gesinnung der bislang partei- und klassenpolitisch verkehrten Arbeiterklasse Anzeichen vorhanden, die sich jedem aufdrängen, der mit seinen Schichten wirklich in lebendige Berührung tritt. Eine monatelange Vortragsreise im „roten“ Saal, die mich mit Zuhörern aller Parteien und Klassen in persönlichen und vertrauensvollen Meinungsaustausch brachte, hat in mir die sichere Überzeugung geweckt, daß die innere Bereitschaft der deutschen Arbeiter für eine starke, aber innerlich unabhängige und wirtschaftliche Führung in der Tat vorhanden ist. Gefährdet ist dieser Gesundungsprozeß durch die impotente Fägern der Regierung in der Bekämpfung der unerblicklichen Auswüchse des Schenkberkapitalismus und durch die Parteikämpfe, die sich an den öffentlichen Mischständen wieder neu entzünden.

Der gute Erfolg einer solchen Aktion hängt also durchaus von der Art der Ausführung und vom sichern Instinkt für den psychologisch richtigen Augenblick ab. Wird dieser verpaßt, dann bricht die Katastrophe auf Grund aller Erfahrungen der bisherigen Revolutionsgeschichte unrettbar über uns herein.

Dritter Parteitag der Deutschen Volkspartei

am 3. und 4. Dezember 1920 in Nürnberg
in den Räumen des Industrie- und Kulturvereins,
Frauentorgraben 49.

Tagesordnung:

Freitag, den 3. Dezember, 10 Uhr vormittags:

1. Eröffnung des Parteitages durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes, Abg. Dr. Stresemann.
Wahl der Vorsitzenden, Bildung des Büros Begrüßungsansprachen.
2. Die politische Lage. Berichterstatter: Bizekanzler Dr. Heinze, Dr. Stresemann, M. d. R.
3. Der Friedensvertrag von Versailles. Berichterstatter: Rechtsanwalt Bapf-Zweibrücken, M. d. R.
4. Aussprache.

Sonnabend, den 4. Dezember, 10 Uhr vormittags:

1. Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei. Berichterstatter: Dr. Hugo, M. d. R., Reichslandsleiter Thiel, M. d. R., Generaldirektor Bögl, M. d. R.
2. Aussprache.
3. Geschäftsricht. Stand der Organisation. Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Garnich, M. d. R.
4. Aussprache.

Ein Begrüßungsabend findet am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 9 Uhr in den großen Sälen des Künstlerhauses, Königsstraße 93, statt.

In großer öffentlicher Versammlung sprechen am Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des Kulturvereins, Frauentorgraben 49, die Reichstagsabgeordneten Frau Mendel, Senator Benthien und Geheimrat Professor Dr. Kasl.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 9 Uhr, vereinigen sich alle Teilnehmer des Parteitages zu einem gemeinsamen Essen im großen Saal des Industrie- und Kulturvereins, Frauentorgraben 49.

Daran schließen sich besondere Tagungen:

Reichsfrauentagung: Mittwoch, den 1. Dezember, nachmittags 2½ Uhr im Künstlerhaus, Königsstraße 93, großer Saal.

Reichsfrauentagung: am gleichen Tag, vormittags 9½ Uhr, im Hotel Württemberger Hof, Bahnhofplatz 2.

Reichsjugendtagung: Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Deutschen Hof, (Lehrerheim), Frauentorgraben 29, grünes Zimmer.

Reichsarbeitertagung: Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Kulturverein, Frauentorgraben 49, Zimmer 2 und 3.

Reichsangeordnetentagung: Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Kulturverein, Frauentorgraben 49, Zimmer 1.

Reichsbeamtentagung: Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Künstlerhaus, Königsstraße 93, großer Saal.

Sitzung des Ausschusses für Kleinhandel, Handwerk und Gewerbe: Zeit und Ort werden im Empfangsbüro bekannt gegeben.

Sitzung des Reichsausschusses der Schulgruppen der D. V. P.: Zeit und Ort werden im Empfangsbüro bekannt gegeben.

Sitzung des Reichsausschusses für die freien akademischen Berufe: Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Deutschen Hof (Lehrerheim), Frauentorgraben 49, Klubzimmer 1 und 2.

Versammlung des Pressevereins der Deutschen Volkspartei: Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8½ Uhr, im Künstlerhaus, Königsstraße 93, Künstlerkaffe.

Empfangsbüro: Die Teilnehmer werden gebeten, sofort nach Ankunft das Empfangsbüro (samtliches Reisebüro im Mittelbau des Hauptbahnhofes) aufzusuchen, wo Quartierkarten, Druckfachen usw. ausgegeben und Auskünfte erteilt werden. Die Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Nürnberg befindet sich Bayreutherstraße 29a, Fernsprecher 2780.

Quartieranmeldung: Zur Quartieranmeldung ist die betriebsfähige Postkarte zu benutzen. Schnellste Abfertigung nach Nürnberg ist notwendig. Die Quartierbefragung wird erleichtert, wenn zahlreiche Teilnehmer sich bereit erklären, mit Bekannten ein Zimmer zu teilen.

Gemeinsames Essen: Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Industrie- und Kulturvereins ein gemeinsames Essen statt. Anmeldung dazu zusammen mit der Quartierbestellung.

Die Deutsche Volkspartei und „die Frau“.

Von Dr. D. Boelzig.

Mitglied der Preussischen Landversammlung.

Als im November 1918 die Revolution der deutschen Frau das Stimmrecht bei den Wahlen für die politischen Körperschaften bescherte, zeigte sich bei allen Parteien eine Begeisterung für die Frau als Mitarbeiterin in den politischen Fragen, daß ein gewisses Mithrasen gegen diese Übermaß von Begeisterungsbegeisterung in den Kreisen der alten Kämpfer rinnen für Frauenrecht und Frauengleichheit wohl verständlich war: man hegte Argwohn, ob die Götter des Neuen nicht doch am Ende ein Strohhalm sei oder ob nicht gar die Spekulation auf den Stimmwert der Frau eine innere Unaufrichtigkeit sei, die Folgen bald zutage treten würden.

Zwei Jahre einer zwar noch nicht abgeschlossenen, aber immerhin reichen Erfahrung liegen der Pflicht auf zum Rückblick und zur ernstlichen Reprüfung und die Tatsache hat ein Recht, von den Parteien einen Rechenschaftsbericht über ihre Stellungnahme zur Frauenfrage zu fordern. Solche Berichte müssen jetzt erfolgen. Sie sind besser in der Lage, Klarheit zu verschaffen über die Politik der Parteien in der allgemeinen und speziellen Frauenfrage als die Befehle, die hin und wieder aus meist recht einsichtigen Referaten in die Öffentlichkeit dringt, und vor allem aus mehr oder minder versteckten Anrissen, die von dieser oder jener Partei gegen die Frau und die Partei der Nachbarpartei oder Nachbarpartei erfolgen.

Die Deutsche Volkspartei hat umso mehr allen Grund, ihre Stellung zu den Frauenfragen der breiten Öffentlichkeit mit vollster Klarheit vorzulegen, als sie in den verschiedensten Parlamenten über eine Reihe wichtiger weiblicher Angelegenheiten verfügt, die seit nunmehr zwei Jahren erfolgreich an der Sicherung der Frauenrechte arbeiten und die Mitarbeiter dieser Frauen dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau unseres Volkes in vollster Harmonie mit den

übrigen Abgeordneten der Fraktionen der Deutschen Volkspartei erfolgt ist und noch erfolgt. Es sei da vor allem heute der Blick auf Preußen gerichtet, den größten deutschen Bundesstaat, nicht nur weil die preußischen Neuwahlen vor der Tür stehen, sondern vor allem deshalb, weil hier wohl am energischsten die Änderung landesgesetzlicher Vorschriften und die Schaffung neuer Gesetze infolge der durch die Reichsverfassung ausgesprochenen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau in Angriff genommen ist.

Zunächst besteht vollste Übereinstimmung in der gesamten Partei darüber, daß an der durch die Reichsverfassung ausgesprochenen Gleichberechtigung beider Geschlechter im vollsten Umfang festzuhalten ist; es denkt niemand auch nicht im entferntesten daran, an diesem Recht auch nur das Geringste zu ändern. Nur die Durchführung dieser Bestimmung und ihre Anwendung auf Gesetze und Verordnungen muß in sorgfamer Arbeit und in Übereinstimmung mit den Reichsgesetzen erfolgen, wobei natürlich Schwierigkeiten auftauchen, deren gewissenhafte Prüfung und Beachtung Pflicht der Volksvertretung und daher auch der gesamten Partei ist.

Die Hauptschwierigkeiten erwachsen natürlich aus Erwägungen, die sich mit dem Charakter der Frau als Beamtin einerseits und ihrem Beruf als Frau und Mutter andererseits befassen. So war die Frage des Füllbats der Lehrerinnen und Beamtinnen im Parlament stark umkämpft. Nach der Verfassung braucht eine sich verheiratende Lehrerin und Beamtin nicht aus dem Dienst zu scheiden. Wenn dieser klaren Bestimmung der Verfassung entgegen die preußische Unterrichtsverwaltung verheiratete Lehrerinnen gegen ihren Wunsch aus ihren Dienst entlassen hat, so ist es ein Verdienst der Deutschen Volkspartei, die Regierung in dieser Frage interpelliert zu haben. Die beiden Antragstellerinnen der Partei, Frau Boehmann und Frau Garnich, brachten übereinstimmend, daß keineswegs der Wunsch bestehe, sämtliche sich verheiratende Lehrerinnen und Beamtinnen im Amt zu lassen, daß aber unbedingt die Möglichkeit für solche Frauen vorhanden sein müsse, den Dienst weiter zu versehen, die es sich erlauben, den Doppelberuf als Beamtin und Hausfrau auf sich zu nehmen. Die Deutsche Volkspartei stellt die Entscheidung in die Selbstverantwortung der Frau, die, ohne Gesetz von außen, die Frage als sittliche Problemstellung selbst empfinden, durchdenken und durchkämpfen muß. Sie glaubt auch, daß der weitaus größte Teil der deutschen Frauen schließlich sich für die restlose Durchführung eines der beiden Berufe entscheiden wird, steht aber andererseits auch in der verheirateten Lehrerin unter Umständen eine Führerin der weiblichen Jugend, die hervorragend in der Lage sein könnte, am leiblichen Wiederaufbau unseres Volkes zu arbeiten. Gegenüber schärfster Ablehnung dieser Ideen von Seiten des Zentrums und der Deutschnationalen und gegenüber einer zweifellos grotesken Überspannung des Gedankens von Seiten der Sozialdemokraten, die behauptet, daß nur die verheiratete Frau geeignet sei, zu unterrichten und zu erziehen, hält die Deutsche Volkspartei nach ihren ganzen in der Selbstverantwortlichkeit der Persönlichkeit wurzelnden Prinzipien an dieser Stellungnahme fest. Aber es bleibt eine Verdrehung, wenn man in konservativen Kreisen gisfentlich betont, daß die Deutsche Volkspartei durchaus die verheiratete Lehrerin in die Lage hinein haben möchte; die Stellungnahme der Fraktion ist so klar, daß nur die Sucht nach Agitationsstoff den Gedanken aufkommen lassen kann, auch hier den Hebel einzulegen, mit dem man angestrichs der kommenden Wahlen so gerne arbeiten möchte.

Im engsten Zusammenhang mit der Frage des Füllbats der Lehrerinnen und Beamtinnen steht die Frage der Kapitalabschindung der aus dem Dienst ausscheidenden sich verheiratenden Lehrerinnen und Beamtinnen. So sympathisch der Deutschen Volkspartei dieser Gedanke aus bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten ist, so steht sie doch auf dem Standpunkt, daß sie hierzu erst dann Stellung nehmen kann, wenn die Regierung in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben, wie hoch sich diese Abschindung belaufen würde und wie groß ungefähr die Zahl derjenigen sein würde, die mit dieser Abschindung bedacht werden würden. Bei der trostlosen Finanzlage des preußi-

schen Staates müssen natürlich alle Neuaussgaben aufs sorgfältigste geprüft werden, und solange sich der Staat noch den Verpflichtungen gegenüber seinen Altpensionären entzieht, ist es schwer, Forderungen durchzusetzen, die den Staat unter Umständen mit vielen Millionen neu belasten müssen.

Im übrigen tritt die Deutsche Volkspartei für die völlige Durchführung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein: sie hat sich für Vermehrung der von Frauen zu versehenen Dezerate in den Ministerien eingesetzt, sie wünscht die Frau im Schulverwaltungsdienst und im Schulaufsichtsdienst, und sie tritt für den Grundsatz ein: bei gleicher Arbeit, gleiche Besoldung, ein Grundsatz, dem übrigens alle Parteien im Besoldungsausschuß zugestimmt haben. Einem Antrag bei der Staatsberatung des vergangenen Jahres, die Leitung an Mädchenschulen in viel größerem Umfang als bisher Frauen zu übertragen, steht bei einem Teil der Mitglieder der Fraktion auf grundsätzliche Bedenken: nachdem einmal die Gleichberechtigung von Mann und Frau voll anerkannt sei, solle man nicht durch Ausnahmefälle zugunsten der Frau empfindlich in das Selbstverwaltungsrecht der Städte eingreifen; jetzt gelte es in der Tat: freie Bahn dem Tüchtigen; zeige das weibliche Geschlecht dieselben Führerqualitäten wie das männliche, erweise es sich in der Verwaltung dem männlichen Geschlecht ebenbürtig; so würde sich die Frau als Direktorin bald durchsetzen. Trotz dieser grundsätzlichen Erwägungen, deren Berücksichtigung nicht abzuweisen ist, stimmte ein Teil der Fraktion für den Antrag, um dadurch an den Tag zu legen, daß die Zeit jeglicher Einschränkung der Rechte der Frau vorüber sei.

Aber auch auf anderen Gebieten zeigte die Deutsche Volkspartei, daß sie die Gleichberechtigung durchgeführt wissen will. Dem Gesetz, das die Beschränkungen der Frau im kommunalen Leben aufhob, stimmte die Fraktion ebenso grundsätzlich zu wie einem Antrag, nach dem die Beziehung von Frauen bei den Schiffs- und Gewerkschaften gesichert werden soll. Die Partei stand aber dabei auf dem Standpunkt, daß den Frauen wegen der vielen vorkommenden Schmutzprozesse ein Ablehnungsrecht zustehen müßte. Wenn auch die Sozialdemokraten diesen — übrigens auch von den Vertretern der anderen bürgerlichen Parteien geteilten — Standpunkt als Zimperlichkeit verachteten, so ist die Fraktion doch sicher, die Meinung des weitaus größten Teils unserer Frauenwelt wiedergegeben zu haben.

Erhebliche Schwierigkeiten entstanden in der Landesversammlung hinsichtlich der Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst. Die Lage ist augenblicklich die, daß Frauen zwar die erste juristische Prüfung bestehen können, daß sie aber nicht zum Referendar ernannt werden können. Ein demokratischer Antrag auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst sollte diesem Mangel abhelfen. Alle Parteien sprachen sich befürwortend aus; für die Deutsche Volkspartei gab der Abg. Cönd die dahingehende Erklärung ab. In der Urstimmberatung tauchten allerdings Zweifel auf, ob die Frage durch Landesgesetz geregelt werden könnte, oder ob es notwendig wurde, das Reichsgesetz an der Hand zu ändern. Wenn sich der Abg. Stenbel von der Deutschen Volkspartei im Ausschuß bei dem Zweifel anschloß, so handelte er absolut pflichtgemäß aus rein juristischen Bedenken. Der Versuch, der Partei hieraus einen Strich zu ziehen, scheiterte an der offiziellen Erklärung ihres Redners im Plenum, der grundsätzlich die Stellungnahme der Partei festlegte. Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Mitentscheidend hat die Deutsche Volkspartei auch in die Hausangestelltenfrage eingegriffen. Alle Parteien waren sich darin einig, daß nach Aufhebung der Gewerbeordnung ein neues Hausangestelltenrecht geschaffen werden müsse, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie des Bürgerlichen Gesetzbuchs sich nicht ohne weiteres auf den häuslichen Dienst übertragen ließen. Während die Vertreterinnen der bürgerlichen Parteien alle auf die Notwendigkeit hinwiesen, den häuslichen Dienst nach anderen Gesichtspunkten zu regeln als die Fabrikarbeit, stießen die Sozialisten Forderungen, die unter heftigsten

Angriffen gegen die bürgerliche Gesellschaft weit über das Ziel hinausschoßen. Die Forderungen der Deutschen Volkspartei zielten in vier Forderungen: 1. Mindestruhezeit, 2. Legitimation oder Arbeitsbücher an Stelle der fortfallenden Dienstbücher, 3. obligatorische Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahre, 4. paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse. In allen Hausangestelltenfragen vertrat die temperamentvolle Tochter des früheren nationalliberalen Führers Friedberg, Frau E. Garnich, die Partei mit großem Geschick, namentlich in ihrer Polemik gegen die Sozialisten.

Daß die Partei bei allen Neueregungen bestehender Verhältnisse in jedem Fall der Frau weitestgehenden Einfluß sichern möchte, versteht sich nach dem Gesagten von selbst. So ist sie für die Vertretung der Frau in den landwirtschaftlichen Kammern mit Wärme eingetreten und prüft von Fall zu Fall alle Anregungen, die aus Frauentreffen immer wieder an sie herangebracht werden. Auch die Frage des hauswirtschaftlichen Jahres. Das Zentrum hat schon vor Jahresfrist den Antrag eines obligatorischen hauswirtschaftlichen Jahres für Mädchen eingebracht. Leider läßt der Antrag einen zweckmäßigen Weg vermissen, der uns zeigen kann, wie der hauswirtschaftliche Unterricht, der unglaublich hohe Kosten verursachen muß, durchgeführt werden kann. Man bedenke, daß es sich um nicht weniger als um 700 000 zu Unterrichtende handeln würde! Vielleicht findet der Handelsausschuß, dem die Frage überwiesen worden ist, gangbare Wege, um dieses brennende Problem zu lösen.

In allen Frauenfragen ist und bleibt die Deutsche Volkspartei der festen Überzeugung, daß der hehrste und heiligste Beruf der Frau in der Erfüllung ihrer Aufgaben als Mutter liegt. Wenn wir vom Wiederaufbau unseres Volkes reden, so müssen wir von der Gesundheit durchdrungen sein, daß dieser Wiederaufbau in der Familie, als der Keimzelle des Staates, als der Kraftquelle des öffentlichen Lebens, zu beginnen hat. Auf der Frau als der Mutter, der Erzieherin und Führerin des neuen Geschlechtes, liegt da eine Verantwortung, die zentnerschwer auf ihr lasten müßte, wenn ihr nicht mit der wunderbaren Tiefe ihres Gemütslebens zugleich eine gewaltige Kraft verliehen wäre, die stark im Leib, aber auch stark in der Lösung der Aufgaben der Gegenwart ist. Dann aber soll sie auch wissen, daß ihre Schwestern — vor allem auch die große Zahl der nicht im Ehestand Lebenden — mit ihr über den Kreis der engeren Familie hinaus erfolgreich an der Durchbringung der öffentlichen mit Kräften arbeiten, die ihrem reichen Innenleben fortgesetzt entströmen: die kommenden soll in fortan entscheidende Impulse von der Frau, der Mutter, der Erzieherin und Beraterin erhalten: das „mulier taceat in ecclesia“ gehört nicht mehr in unsere Zeit, auch im kirchlichen Leben können wir den Rat und die Hilfe der Frau nicht mehr entbehren; die Verwaltung greife zur Frau als Mitarbeiterin, und die Regierung schreie ihr auf allen den Gebieten Einsätze, wo die Ergänzung einer bisher oft einseitigen Tätigkeit zur Notwendigkeit geworden ist. Aber alle diese Ansprüche dürfen nur erfolgen unter dem einen Gesichtspunkt, daß unser armes niedergedrücktes Volk wieder aufgerichtet werde: dazu bedürfen wir aller helfenden Kräfte. Wer heute Politik der Frauenrednerinnen betreibt, nur um der Gleichberechtigung willen; wer glaubt kämpfen zu müssen, nur weil er seit 20 oder 30 Jahren im Kampf gestanden hat und seine Führerinnenrollen nicht preisgeben will, der hat die Stunde der Not noch nicht erkannt. Das Vaterland steht über der Partei, und die Frage der Frau im öffentlichen Leben ist zu einer Lebensfrage des gesamten deutschen Volkes geworden.

Strefanzzeige gegen Erzberger.

Gegen Erzberger ist wegen dringenden Verdachts der Steuerhinterziehung Strefanzzeige erstattet worden. Aus der Begründung teilt die Kreuzzeitung folgendes mit:

Die Anzeige bezieht sich auf die bereits veröffentlichten Angaben über die Steuererklärungen Erzbergers und die im Heft der Reichsrechnung vom 1. April 1911 veröffentlichten Angaben über das Einkommen Erz-

bergers. Weiter erfuhr die Anzeige die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die Auslandsbanken Erzbergers auszuweiten. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzberger bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt hat, so bei einer Wiener Bank Guthaben in Höhe von annähernd 400 000 Kronen, auch bei schweizerischen Banken hat Herr Erzberger sehr erhebliche Guthaben gehabt. Die meisten dieser Banküberweisungen Erzbergers an auswärtige Banken werden von ihm mit politischen Zwecken begründet, nur bei zwei Überweisungen an schweizerische Banken im Betrage von etwa 250 000 Mark werden keinerlei Zwecke angegeben, so daß man in diesen Fällen annehmen muß, daß es sich um private Gelder Erzbergers handelt. Die Anzeige betraf die Staatsanwaltschaft, durch Vermittlung des Arzwerthigen Amtes festzustellen, ob die Angaben Erzbergers, daß es sich um Gelder des Reichs handle, die zu politischen Zwecken verwandt werden sollten, den Tatsachen entsprechen. Ferner wird die Staatsanwaltschaft ersucht, festzustellen, ob bei den schweizerischen Überweisungen Erzbergers die steuerlichen Vorschriften erfüllt sind.

Nach den geltenden Bestimmungen ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, nachdem sie nunmehr von den Beschuldigungen gegen Erzberger amtlich Kenntnis erhalten hat, gegen diesen das Ermittlungsverfahren einzuleiten. Auf das Ergebnis der Untersuchung darf man mit Recht gespannt sein.

Wie die Flotte meuterte.

In der „Deutschen Wacht“ veröffentlicht der Kapitänleutnant a. D. Dr. K. K. K. einen Beitrag über die Vorgänge auf der Hochseeflotte in den Novembertagen des Jahres 1918. Der Verfasser schreibt:

Am 29. Oktober 1918 erhielt die gesamte Hochseeflotte Befehl, auf Schillig-Seebe zu sammeln. Es konnte sich, wie so oft in den vier Kriegsjahren, um taktische Übungen in der Helgoländer Bucht handeln. Tatsächlich war eine nächtliche Unternehmung leichter Streikräfte, mit den großen Schiffen als Rückhalt, gegen die an der belgischen Küste stehenden englischen Flottenteile beabsichtigt. Die Offiziere bis zum Kommandanten hinaus hatten keine Kenntnis von dem Operationsplan, der, wie immer, im Verborgenen gehalten wurde. Über die Mannschaften lagen mit ängstlichen, argwöhnischen Blicken die Vorbereitungen.

Der Gang der Ereignisse auf der „Thüringen“ ist für die Ausbreitung der revolutionären Bewegung in der Flotte von Vorhängen gewöhnlich. Das Schiff lag im Verband des ersten Geschwaders auf Schillig-Seebe, als am 29. Oktober, abends, mit verblüffender Plötzlichkeit

der meuterische Widerstand an Bord einsetzte.

Das Signal dazu war anscheinend mit dem allabendlichen Verkehrsampfer an Bord gekommen. — Um 10 Uhr soll ein Schiffsboot hergemaht werden, um Geheimbefehle vom Flaggschiff abzuholen. Die Mannschaft wittert Unheil und erhebt sich zum Teil nicht zum Manöver an Deck. Nur mit großer Mühe und erheblicher Verspätung gelingt es, das Boot abzufertigen.

Am Morgen des 30. Oktober bleibt ein großer Teil der Besatzung zunächst einfach in den Kabinen liegen. Gegen 8 Uhr kommt Seelarsbefehl. Die Leute führen die dazu notwendigen Arbeiten nicht aus; statt dessen versammeln sie sich in der „Vorbatterie“, dem großen Raum unter der Bad, und singen Reservisten- und Heimatlieder. Um die Besatzung in die Hand zu bekommen, läßt der Kommandant „Musterung in Divisionen“ pfeifen. Nur zögernd treten die Leute an Deck an: viele folgen erst dem durch Offiziere unmittelbar an sie gerichteten Befehl. Unterdessen ist das Inseegeschen — angeblich oder tatsächlich wegen des blässigen Wetters — verlohren worden. Der tägliche Dienst verläuft zwar ohne besondere Vorkommnisse, aber in gegenseitigem Mißtrauen. Eine nie bisher erlebte Stimmung, ein Gemisch aus Argwohn, Furcht, Unsicherheit, Angst und verzweifelter Entschlossenheit, greift unter den Mannschaften um

her. Die Unteroffiziere sind demgegenüber hilflos. Tagsüber suchen die Offiziere die Ursachen des unerklärlichen Verhaltens der Besatzung — bis dahin eine der besten Flotte — zu ergründen; sie fragen einzelne Leute und erhalten nichtssagende und ausweichende Antworten. Etwas Unheimliches, Unfassbares liegt in der Luft. Der Abend bringt einen zweimal gegebenen und zweimal widerrufenen Seelarsbefehl. Wie auf Verabredung strömt gleich beim erstenmal aus allen Mannschaftsräumen des Schiffes ein großer Teil der Besatzung, Matrosen und Heizer, nach vorne zusammen. In der Vorbatterie, durch welche die Ankerketten hindurchführen, wird der Widerstand organisiert. Tassen werden durchgeschitten, das Licht des Ankers damit unmöglich gemacht.

Unsichtbare Hände lassen hier und da im Schiff das elektrische Licht erlöschen und verschwinden namentlich die Vorbatterie in völlige Dunkelheit, so daß alle Versuche der Offiziere, Ordnung zu schaffen und die Räubersführer zu fassen, scheitern müssen. Eine finstere, zum äußersten entschlossene, maßlos aufgeregte Schar steht, sieht, liegt in der Vorbatterie und schlägt diese gegen das übrige Schiff ab. Auch nachdem das Inseegeschen vom Flottenschiff aufgegeben worden ist, bleiben die Meuterer dort zusammen und halten Rat. Die Agitatoren peitschen durch Schreie die von Schlagwörtern und Friedensversprechungen tiefen, die noch Unsicheren auf; sie machen allen klar, daß es jetzt kein Zurück mehr gebe. Bis lange nach Mitternacht tobt der Herzensfessel, von fanatischen Lügen und reichlichem Schnaps unterstützt. Während der Nacht gelingt es trotzdem, mit dem treugebliebenen Teil der Besatzung die Wachen und Posten zu besetzen. Die Offiziere bewaffnen sich und sind im Nachschiff auf dem Posten, um das Eindringen der Meuterer in die lebenswichtigen Schiffsräume unter allen Umständen zu verhindern. Gegen 3 Uhr steigt der Geschwaderchef an Bord und hat eine lange Unterredung mit dem Kommandanten in der Kajüte.

Tags darauf — es ist der 31. Oktober, der Tag der Reformation — erscheint die Besatzung, auch die Meuterer, in einer furchtbaren Unhermitleichkeit zum Dienst.

Mit Ungeduld warten die Offiziere auf die Maßnahmen der Flotte.

die, soll nicht alles verloren sein, mit der unerbittlichen Schärfe der Kriegsgesetze erfolgen müssen. Endlich, gegen 12 Uhr mittags, versammelt der Kommandant alle Offiziere um sich und teilt ihnen den Plan des Flottenkommandos mit. Nach dem Mittagessen kommt vom Flaggschiff wieder das Signal: Zur bestimmten Zeit seelars sein. Der Befehl ist noch nicht bis zur Kajüte durchgedrungen, da eilen die Meuterer von gestern nach vorne. Wie vorausgesehen, verbarrikadierten sie sich wiederum in der Vorbatterie, um ihr feiges und verräterisches Spiel zu wiederholen. Raum haben sie sich selbst in den Raum eingeschlossen, da werden alle Ausgänge, Schotttüren und Luken von Offizieren besetzt. In gleicher Zeit legt Badbord achter am Schiff ein Dampfer aus Wilhelmshaven an, dem ein Kommando Marineinfanterie, meist alte, harte Gestalten, entsendet. Die Seesoldaten werden, Gewehre im Anschlag, sofort im Schiff verteilt. Der Kommandant, der mit einigen Offizieren auf der Bad steht, läßt das Pul, das zur Vorbatterie hinunterführt, gewaltsam öffnen und gibt den Meuterern mit klaren Worten den Befehl, oben an Deck anzutreten. Wilde Rufe von Seiten der Räubersführer, ängstliches Schweigen der zahlreichen Vorführten. Angesichts der drohenden Revolver- und Gewehrläufe vertreiben sich die Meuterer in alle Winkel und Ecken des dunklen Raumes.

Inzwischen sind zwei Torpedoboote längsgekommen und haben den Geschwaderchef an Bord gebracht. Ein drittes großes Torpedoboot legt sich geschäftig, mit geladenen Rohren, die Bedienung an den Geschützen, auf 200 Meter querab vom Dampfer. Ein U-Boot ist ebenfalls herangefahren und liegt klar zum Schuß. Auf dem Linienenschiff „Helgoland“, 500 Meter von der „Thüringen“ entfernt, steht man die Besatzung dichtgedrängt, an der Reeling stehen; dort richten sich auch einige Kasemattgeschütze drohend auf das U-Boot, bis der Befehl „Geschütze in Zurückstellung“ und der auf die „Helgoland“ eingeleitete achtere 205-Zentimeter-Turm der „Thüringen“

dem gefährlichen Anblick ein Ende macht (nur ein Anblick, denn die Meuterer auf der „Helgoland“ hatten nicht einen einzigen Schuß Munition an den Geschützen). — Die „Thüringen“-Leute wollen „Verhandlungen“ mit dem Kommandanten.

der unter Hinweis auf die militärischen Vorschriften bedingungslose Übergabe verlangt. Der mehrmaligen Aufforderung, einzeln heraufzukommen, wird nicht Folge geleistet. Darüber vergibt wohl eine Viertelstunde. Die Augen der ganzen Flotte sind auf das Meutererschiff gerichtet. Endlich der erlösende Befehl vom Geschwader: „Widerstand mit Gewalt brechen“. Nachdem eine letzte Bedenkzeit abgelaufen ist, läßt der Kommandant die Bad räumen. Das Torpedoboot erhält Anweisung, welcher Teil des Schiffes zu beschützen ist. Da, im Augenblick der höchsten Spannung, tritt auf den Kommandanten ein kleiner, unscheinbarer Matrose heran, der zum treugebliebenen Teil der Besatzung gehört — es ist der Läufer (Ordnungsmann des Kommandanten) — und fragt bescheiden, ob er es versuchen dürfe, die Meuterer zum Verlassen der Vorbatterie zu bewegen, damit Blutvergießen vermieden werde. Die Bitte wird ihm gewährt. Er klettert furchlos den Niedergang zur Vorbatterie hinunter, steht mitten unter den aufrührerischen Kameraden und redet zu ihnen in seinem Hamburger Platte. Nach zwei Minuten erscheint der kleine Matrose wieder auf der Bad und sagt mit glühendem Nachdruck: „Sie kommen!“ Das Torpedoboot erhält darauf Befehl, nicht zu scheitern. Die Seesoldaten bilden einen Kordon von der Bad bis zur Schanze (Mastdeck), wo der Dampfer liegt. Einzelne tauchen die Meuterer aus dem Pul auf und werden auf den Dampfer gebracht. Als des Fahrzeug mit den Auführern und ihrer Begleitmannschaft ablegt, bricht die Besatzung der „Helgoland“, die den Gang der Ereignisse auf der „Thüringen“ mit größter Spannung verfolgt hat (sie hatte das Inseegeschen am Abend vorher ebenfalls verhindert), in drei wilde Hurras aus, die von den Meuterern der „Thüringen“ erwidert werden. Jedem Soldaten von Ehre — und nicht nur den Offizieren — steht in diesem Augenblick das Herz still. Ungläubig, erstarrt hören die Mannschaften der Torpedos und U-Boote die meuterischen Rufe und können den unerhörten Vorgang kaum fassen. Ist es mit der deutschen Flotte so weit gekommen, daß eine Schiffsbefatzung dem Meutererboot ungestraft Quätorien darbringt? Hier standen Ruh und Ehre der Flotte auf des Meisters Schmelde. Drei, vier Torpedos auf ein pflichtvergessenes Schiff kommen den Geist der Flotte retten und Deutschland vor Schimpf und Schande bewahren. Dazu gehörte der mannhafteste Entschluß eines Führers.

Der Mann, der Entschluß, der Führer — fehlte. War Friedrichs des Großen Geist dahin?

Von der „Helgoland“ wurden etwa 150 Mann heruntergeholt und mit den „Thüringen“-Leuten nach Ostdehausen bei Bremen und in das Fort Heppens bei Wilhelmshaven gebracht. Eine knappe Woche später haben diese 500 Menschen die Revolution in Bremen, Hannover und ganz Nordwestdeutschland entfacht.

Nach Entfernung der Meuterer vom Bord der „Thüringen“ trat dort die Divisionen zur Neuverteilung der „Kassen“ an. Es verdient Erwähnung, daß diese Kampfbefatzung — es waren zwei Drittel der ursprünglichen — bis zum 7. November vollkommen in der Hand der Offiziere war. Auch die Zeitungsnotizen vom Ausbruch der Revolution in Kiel änderten daran nichts. Erst mit dem Einlaufen in Wilhelmshaven am 7. November nachmittags wurde dieser treue Teil der Besatzung der roten Flut und den Soldatenräten ausgeliefert.

Aus Welt und Zeit.

Der Schuppiger-Offizier.

In London erregt gegenwärtig ein verabschiedeter englischer Offizier Aufsehen, der Schuppiger geworden ist. In voller Uniform und in seinen Orden auf der Brust, hat er sich an einer Straßenecke des Strand, also Londons verkehrsreichster Straße, niedergelassen. Um sein Inognito zu wahren, trägt er eine schwarze Maske, die natürlich dazu beiträgt, die Aufmerksamkeit der Passan-

ten zu fesseln. Neben seinem Vorkurs hat er eine Tafel aufgestellt, auf der in goldhohen Buchstaben die drückende Lage der demobilisierten Zivilisten geschildert wird. Durch den Krieg aus ihrem Beruf herausgerissen, könnten sie nun, da der Krieg aus sei, nirgends Arbeit finden. Die Regierung tue nicht das geringste für sie, und da sie ihre Orden nicht essen könnten, müßten sie hungern.

Die gut abgefundenen Tippdamen.

Die völksparteilichen Abgeordneten Dr. Möll, Dr. Moldenhauer, Dr. Zapf, Morath und Brüninghaus richteten folgende Anfrage an die Reichsregierung: Nach Zeitungsnachrichten ist in einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats die Behauptung aufgestellt worden, daß eine Kriegsgesellschaft bei ihrer Auflösung einigen ihrer bisherigen Stenotypistinnen „Abfindungssummen“ von 60 000 bis 90 000 Mark gezahlt habe. Daran werden höchst unliebsame Kommentare geknüpft. Es wird für den Fall, daß die Nachricht zutrifft, der betreffenden Gesellschaft ein erstaunlich geringes Maß an Vorentsicht bei Abbruch langjähriger, nur durch hohe Abfindungssummen zu lösender Verträge zum Vorwurf gemacht, vielfach aber weit schlimmeres vermutet. Um daran entkündenden Gerüchten entgegenzutreten, fragen wir an: Ist der Reichsregierung die erwähnte Behauptung bekannt? Was haben die ohne Zweifel von ihr angestellten Ermittlungen ergeben? Wir erbitten eine schriftliche Antwort.



Der Vertreter der Deutschen Volkspartei in Erndtebrück im Wittgensteiner Hof am 20. November war von zahlreichen Vertrauensmännern und Mitgliedern des Kreises Wittgenstein besucht. Der Leiter der Versammlung, Herr Hermann Klingenspor, 1. Vorsitzender des Kreisvereins, begrüßte die Erschienenen und teilte mit, daß man den Vertretertag nach Erndtebrück einberufen habe, um den Parteifreunden des Kreises Wittgenstein Gelegenheit zu geben, ihre Mitglieder für den Kreisvorstand und Geschäftsführenden Ausschuss selbst zu wählen. Er bitte die Wahl unter Berücksichtigung des regionalen Grundgesetzes vorzunehmen und auch Frauen hinzuzuwählen. Nach der früheren Vorschlagsliste und aus den heutigen Vorschlägen wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: 1. Rektor Steen, 2. Kammerdirektor Ottermann, 3. Sanitätsrat Dr. Hamel, 4. Bergwerksdirektor Vermeulen, 5. Rentant Schäfer, 6. Frä. Martha Groos, alle in Laasphe; 7. Gastwirt Kiedeser, 8. Fabrikant Friedrich, 9. Fabrikant Wily Winkel, 10. Rentant Hartmann, alle in Berleburg; 11. Lehrer Hansmann, Birkelsch, 12. Förster Wied, Stügel, 13. Kaufmann Georg Birkelbach, Leimstruth, 14. Rektor Hansmann, Erndtebrück, 15. Proturist L. Grund, Barfe, 16. Straßenmeister Schmidt, Bonke, 17. Lehrer Emil Bömelburg, Berghausen, 18. Kaufmann Wily Borghaus, Schameber. Aus diesen Mitgliedern wurden in den Geschäftsführenden Ausschuss gewählt die Herren: Rektor Steen, Laasphe, Fabrikant Friedrich, Berleburg und Kaufmann Georg Birkelbach, Leimstruth.

Dann sprach Herr Klingenspor über die politische Lage: Zwei Jahre sind seit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches verstrichen. Eine gewaltige Bewegung ging damals durch das ganze Volk und erweckte viele Geister. Aber die Gründe dieses Zusammenbruchs sind nie gestritten worden. Die Auffassung, daß die Revolution nur eine rein materialistische Lohnbewegung sei, ist abwegig. Der Grund für unseren Zusammenbruch muß man tiefer suchen. Gleich nach der Gründung des Deutschen Reiches setzte eine Entwicklung in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht ein, die verhängnis-

voll war. Auch Bismarck, der vielleicht seine Größe am Ende der 70er Jahre überschritten hatte, ist wohl nicht von jeder Schuld freizusprechen. Er hat es nicht gewollt oder verstanden, einen diplomatischen Nachwuchs heranzuziehen, der befähigt gewesen wäre, unser Volk politisch so zu führen, daß uns unsere Leiden erspart geblieben wären. Man hat es weiter nicht verstanden, die gewaltige Zerstörung des deutschen Volkes zu verhindern. Es bildete sich eine gewaltige Ober- und Unterschicht, die ihre Kräfte in ewiger Reibung an einander verzehrten. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob unsere soziale Gesetzgebung und soziale Fürsorge nicht in die richtigen Bahnen geleitet worden wäre. Es wäre richtiger gewesen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Nationalbewußtsein mehr zu pflegen und zu fördern. Nach dieser Richtung werden wir durch die Gesetzgebung und das Leben hinarbeiten müssen. Diese Gründe haben nach den Hochleistungen des Weltkrieges, die immer Hochleistung bleiben werden, zum schmachvollen Zusammenbruch geführt und bewiesen, daß unser Volk vollständig unpolitisch ist. Wie ganz anders ist doch die französische Revolution verlaufen. Sie wandte sich mit Recht gegen die äusseren Feinde. Die Revolutionswut des deutschen Volkes aber wandte sich gegen die eigenen Brüder, gegen Offiziersachsestücke und Proviantämter und hat nur dazu gedient, die Führer der Sozialdemokratie auf die Ministerbänke zu setzen. Wenn man weiß, daß vor dem Zusammenbruch ein Gesetz in Vorbereitung war, das den abgestuften Achtstundentag einführen wollte und dieses den Führern der Sozialdemokratie bekannt war, sokennt man daraus, wie demagogisch diese Revolutionsmänner gehandelt haben, indem sie den Achtstundentag als stärkstes Propagandamittel benutzten und noch heute benutzen.

Die äußere politische Lage ist gekennzeichnet durch den Friedensvertrag von Versailles, den wir in der Hauptkammer Ergrüßer zu verurteilen haben, gegen den nunmehr Strafanzeige wegen falscher Steuererklärung erstattet worden ist. Es ist ein beschämendes Zeichen für unseren politischen Tiefstand, daß ein solcher Mann eine so bedeutende Rolle im politischen Leben Deutschlands und des Zentrums spielen konnte. Der Friede von Versailles, der doch der Angelpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik ist, ist leider im deutschen Volk zu wenig bekannt. Ob es richtig ist, daß man heute die Feinde dazu drängt, unsere Wiedergutmachungsverpflichtung zahlenmäßig festzulegen, ist fraglich. Es wäre vielleicht klüger, die Entschädigung darüber hinaus zu schieben bis die Zeiten günstiger dafür geworden sind, denn Frankreich steht heute noch immer auf dem Standpunkt: Der Deutsche bezahlt alles. Das soll uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder von unserer Regierung zu fordern, die Revision des Friedensvertrages. Es muß dem Volke eingeheimert werden, daß er wesentlich von den 14 Punkten Wilsons abweicht und somit ein Beitrag zum deutschen Velleit. In diesem Sinne sind auch die Reden von Fehrenbach und Dr. Simons in Köln zu beurteilen. Frankreichs Streben geht auf eine Zerstückelung Deutschlands aus, und es besteht die Gefahr — sollte die Sozialisierung nach den Vorschlägen von Werner, Lohrer und Rathenau durchgeführt werden — daß Frankreich das Ruhrgebiet besetzt unter dem Vorwand, durch die Sozialisierung sei die Kohlenlieferung an Frankreich gefährdet. Durch diese Handlungswelle könnten die schwersten innerpolitischen Kriege ausgelöst werden. Die von den Sozialdemokraten theoretisch geforderte Umwälzung der Wirtschaft ist nichts weiter als eine Bürokratisierung des Kohlenbergbaues; z. B. erfordert die geplante Verrechnungsstelle allein 2000 neue Beamte. Hier muß praktische Arbeit geleistet werden, wie sie durch die Abgeordneten Ettnes und Wöcker vorgeschlagen wird. Eine Teilsocialisierung ist heute nicht mehr möglich. Alle neuen Wege müssen immer unter dem Gesichtspunkt der

Produktionssteigerung — und Verbilligung gesucht werden. Ettnes, der eine hervorragende und führende Persönlichkeit ist, gewinnt auch immer mehr Vertrauen bei der Arbeiterschaft, die ihren früheren Führern mit dem größten Mißtrauen gegenübersteht. Wir müssen uns abkehren von dem alten Herrenstandpunkt und uns in manchem der neuen Zeit anpassen. An den Früchten der Arbeit soll der Arbeiter und die Gesamtheit Anteil haben, aber in einer Form, die die wirtschaftliche Gütererzeugung nicht schädigt. Durch Lohnerhöhung kann diese Frage nicht gelöst werden. Durch die Arbeiterschaft geht nicht nur ein materieller, sondern auch ein ideeller Zug, ein Streben nach Macht, nach wirtschaftlichem Einfluß auf die weitere Entwicklung. Dem müssen wir, soweit es berechtigt ist, entgegenkommen. Wir müssen dem Arbeiter die Möglichkeit geben, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, so daß er sich und Stimme im Aufsichtsrat erhält. Wir müssen uns bestreben, die guten Kräfte zu stärken und zu praktischer Arbeit heranzuziehen, sonst kommen wir aus dem Chaos nicht heraus. Die Lohnerhöhung ist kein Allheilmittel, denn sie zieht immer Preissteigerung nach sich. Der Industrie und Bauernschaft muß zugerufen werden: Hütet Euch vor Konjunkturgefahren. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich so gebessert, daß man den Arbeitslosen auswechseln kann. Die Einreiselaubnis für den russischen Juden Sinojew hat viel Verwirrung angerichtet. Sie hat bewirkt, daß sich die Unabhängige Partei gespalten hat, wodurch ihre Schlagkraft in Frage gestellt ist. Die Wahl in Sachsen hat der Sozialdemokratie eine vollständige Niederlage bereitet. Es zeigt sich immer mehr, daß in der Arbeiterschaft der Glaube an ihre Führer wankt. Deshalb gilt es für uns, aufklärend zu wirken, die Arbeiterschaft von der Richtigkeit unserer Anschauung zu überzeugen und so dazu beizutragen, daß sich das Volk von den Schlagworten der Demagogen befreit und wieder auf die Stimme der Vernunft hört. Wir wollen aus der Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft gelangen und alle Bildungs- und Berufsgehaltungen ausgleichen. Tue jeder seine Pflicht und suche in seiner Arbeit Befriedigung, dann wird es wieder besser werden. Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun. Das Ziel unserer Arbeit aber ist alle Kräfte zum Wiederaufbau des Vaterlandes zusammenzufassen.

Allgemeiner Beifall folgte diesen Worten. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Ottermann, Winkel, Birkelbach, Hansmann, Steen und Nitschke.

Aber die bereits bestehende Organisation und ihren weiteren Ausbau berichtete sodann Herr Nitschke. Er wies hin auf die Arbeit, die noch geleistet werden muß, bevor wir in die Landtagswahlen treten. In dieser Mitarbeit forderte er alle auf. Der erste zur Zufriedenheit aller verlaufene Vertretertag des Kreises Wittgenstein, letzte somit Zeugnis ab für den guten Willen zur Mitarbeit und für das Vertrauen in die Zukunft.

Es ist der Geschäftsstelle gelungen, den Reichstagsabgeordneten Lokom. währer Seibert aus Frankfurt für verschiedene Vorträge in den Ortshausen Siegen, Kreuztal, Erndtebrück, Altenkirchen und Bieders in der Zeit vom Dienstag, den 9. Dezember bis Sonntag, den 12. Dezember 1920 zu gewinnen. Herr Seibert hat als Thema seiner Vorträge bekannt gegeben: „Reichsnot und Beamtentum“. Wir bitten die Vorlesenden der genannten Ortshausen, sich unverzüglich an die Geschäftsstelle in Siegen zu wenden, um weiteres zu veranlassen. Alle Parteifreunde, sowie alle Eltern, Lehrbeamteten und Arbeiter werden wir heute schon auf diese Vortragsreihe aus beruflichem Mund aufmerksam.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhäus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54. Täglich in Siegen.

Deutsche Volkspartei.

28. Siegen, Kaisergarten 28.
Nov. Sonntag nachm. 3 Uhr.

**Große öffentliche
Volksversammlung.**

Dr. Stadtler

spricht über das Thema:

Bürgertum und Proletariat.

Arbeiter, Handwerker, Angestellte, Beamte,
Kaufleute, Gewerbetreibende, erscheint in Massen.

Freie Aussprache.

Eintritt 50 Pfg.

(8575)

Welches Walzwerk

übernimmt die kurzfristige Lieferung von etwa

1000t Stabeisen

nach eintreffender Spezifikation für unsere
Zechenfundschaft?

Umgehende Angebote sind einzureichen an

Industriebedarf G. m. b. H., Bochum

**Fensterglas
Drahtglas
Fabrikglas**

(undurchsichtig)

liefert prompt ab Lager

Glashandlung Denzer & Wurm.

G. m. b. H.

SIEGEN, Fernruf 1433.

Weidenau.

Baugrundstück

in der Nähe der Elektrischen
gelegen, zu kaufen gesucht.
Schriftliche Angebote unter
S. 547 an die Geschäftsst. d. Z.

Arzt

sucht zum 1. Januar Stelle u.
Sprechzimmer nebst Schlafgelegenheit
einmal wöchentlich.
Geil. Entlohnung u. D. N. 891
an H. Haasenstein & Vogler,
Frankfurt a. M.

Sämtliche Reparaturen

Kraftfahrzeugen all. Systeme

und stationären Motoren und Bereifungen
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billiger
Verrechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären
Motoren und Maschinen aller Art, auch Personenzugmaschinen
übernommen. (258)

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen
und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Bussanßer-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Biesenstraße 11.

Fernsprecher 1308.

Büro-Möbel

jeder Art liefert gut und billig

Möbelhaus Flender

Weidenau-Sieg

Unt. Friedrichstr. 5. Fernspr. 1409.

Verkauf unter Wertpreis

(227)

160 Tafeln prima neue

S. M. Eisenbleche

1000 2000 x 1 1/2

30 Tafeln 1250 x 2500 x 1 1/2

10 " 1000 x 2500 x 1 mm.

Schriftl. Anfragen erbitte unter A. A 715 an die Ge-
schäftsstelle d. Ztg.



RAIKOWSKY

TUDCK-BARNET

✦ H A G E N E R ✦
ELEKTRIZITÄTS-
✦ I N D U S T R I E ✦
H A G E N - W E S T F

DRUCKARBEITEN

ALLERART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT

BUCHDRUCKEREI

G. STEINHAUS, SIEGEN

FERNRUF 472 — KÜLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)

Für Fabrikation eines konkurrenzlosen Artikels des
Maschinenbaues (2618)

Kapitalist gesucht.

Schriftl. Angebote unter T. 697 an die Geschäftsstelle d. Ztg.